



CANNABIS-REGULIERUNG

Positionspapier der Grünen Fraktion, verabschiedet am 16.02.2024

Die Kriminalisierung des Drogen- und des Cannabiskonsums hat versagt. Sie generiert hohe Kosten, untergräbt die Prävention und den Jugendschutz und generiert einen florierenden und von mafiösen Strukturen dominierten Schwarzmarkt mit Produkten fragwürdiger Herkunft und Qualität. Die GRÜNEN setzen sich darum seit Jahrzehnten für die Entkriminalisierung des Drogen- und Cannabiskonsums sowie für die Stärkung der Suchtprävention ein. **Der erste parlamentarische Vorstoss überhaupt für eine vollständige Cannabis-Legalisierung wurde vor mehr als dreissig Jahren von der Grünen Fraktion eingereicht.**¹ Seither folgten verschiedene weitere Versuche zur Entkriminalisierung und Regulierung des Cannabiskonsums.²

Nach jahrzehntelangem politischem Einsatz der GRÜNEN und einem gesellschaftlichen Wandel in der Bevölkerung steht dank der Umsetzung der Parlamentarischen Initiative Siegenthaler (20.473) «[Regulierung des Cannabismarktes für einen besseren Jugend- und Konsumentenschutz](#)» ein veritabler Paradigmenwechsel in der Schweizer Drogen- und Suchtpolitik bevor: eine kohärente Drogen- und Suchtpolitik, welche den Gesundheitsschutz ins Zentrum stellt.

Das Einsetzen einer Subkommission «Cannabisregulierung» macht deutlich: **Die Legalisierung des Cannabis-Konsums könnte bereits in dieser Legislatur Realität werden.** Aus Perspektive der öffentlichen Gesundheit ist das eine grosse Chance, um die negativen Auswirkungen des Verbots auf die Konsumierenden und die Gesellschaft zu verringern und gleichzeitig den gesellschaftlichen, medizinischen und – untergeordnet – wirtschaftlichen Nutzen von Cannabis zu erschliessen.

Priorität in den Gesetzgebungsarbeiten hat für die GRÜNEN nicht eine möglichst umfassende Kommerzialisierung des Cannabiskonsums. Eine solche geht, wie etwa die Beispiele einiger US-Staaten zeigen, mit erheblichen negativen Begleiterscheinungen einher (aggressives Marketing, Verkauf problematischer Produkte, Zunahme des (risikoreichen) Konsums, Einfluss der finanzstarken Tabak- und Alkoholindustrie etc.). Stattdessen liegt der Fokus der GRÜNEN auf der öffentlichen Gesundheit – also insbesondere auf der Stärkung des Jugendschutzes und der Suchtprävention, der Reduktion von (gesundheitlichen) Risiken und der Bekämpfung des Schwarzmarktes. **Dafür braucht es einen guten Mittelweg zwischen einem unregulierten Schwarzmarkt (Modell der SVP) und einem unregulierten legalen**

¹ Siehe parlamentarische Initiative Grüne Fraktion (92.441): «[Revision des Betäubungsmittelgesetzes](#)».

² Siehe z.B. Motion Grüne Fraktion (97.3312): «[Hanflegalisierung](#)», Parlamentarische Initiative Grüne Fraktion (04.443): «[Bundesgesetz über die Prävention und Betreuung bei Drogenabhängigkeit](#)», Parlamentarische Initiative Katharina Prelicz-Huber (09.488): «[Entkriminalisierung von Cannabis](#)», Parlamentarische Initiative Grüne Fraktion (17.440): «[Bundesgesetz zur Hanfregulierung \(neues Schweizer Hanfgesetz\)](#)», Motion Regula Rytz (17.4113): «[Experimentierartikel als Grundlage für Studien zur regulierten Cannabis-Abgabe](#)», Motion Léonore Porchet (20.3483): «[Für eine neue Definition von Cannabis](#)».

Markt (Modell der FDP). Die Politik muss dem Cannabiskonsum in der Bevölkerung endlich mit mehr Realitätssinn und weniger Moralismus begegnen.

Die GRÜNEN setzen sich darum in den laufenden Gesetzgebungsarbeiten für eine Regulierung des Cannabis-Konsums nach folgenden Eckwerten ein:

- **Stärkung des Jugend- und des Gesundheitsschutzes sowie der Suchtprävention**
 - Vollständiges Werbe- und Sponsoringverbot. Stattdessen sollen auf den Verpackungen Informationen über risikoarmen Konsum und Suchtberatung aufgedruckt sein.
 - Verkauf nur an volljährige Personen, aber keine Kriminalisierung / strafrechtliche Verfolgung von minderjährigen Konsument*innen
 - Strenge Vorgaben beim Anbau und bei der Produktqualität (Regelung von Zusatzstoffen, Produkte aus biologischer Schweiz Landwirtschaft, ...)
 - Einführung einer zweckgebundenen Präventionsabgabe (analog zu Tabak und Alkohol) zur Finanzierung von Suchtprävention, Beratungs- und Therapieangeboten sowie der Suchtforschung.
 - Moderate und risikobasierte Lenkungsabgabe / Besteuerung
 - Einführung eines statistischen Monitorings über den Cannabiskonsum

- **Kommerzialisierung nur in engen Grenzen**
 - Neutrale Verpackungen, keine Markenlogos
 - Verkauf durch staatlich betriebene / beauftragte Verkaufsstellen
 - Produktion und Verkauf dürfen nicht durch das selbe Unternehmen erfolgen (Verbot der vertikalen Integration)

- **Stärkung der individuellen Freiheiten und der Unabhängigkeit von der Industrie**
 - Eigenanbau sowie Anbau für gemeinschaftliche Selbstversorgung (Cannabis Social Clubs) werden bevorzugt.
 - Verzicht auf Strafverfolgung und Strafvollzug für alle Personen, die für den Besitz von Cannabis beschuldigt oder für schuldig befunden wurden.